

II-8151 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr 4159/1J

A N F R A G E

1989-07-11

der Abgeordneten Dr. Gugerbauer und Genossen
an den Bundesminister für Justiz
betreffend Verwicklung des gegenwärtigen Finanzministers
Dkfm. Ferdinand Lacina in den Noricum-Waffenskandal

Im Zusammenhang mit gesetzwidrigen Waffenlieferung der verstaatlichten Firma Noricum GmbH an den Iran wird zunehmend auch die Rolle des seinerzeitigen Verstaatlichtenministers Dkfm. Lacina in den Mittelpunkt gerückt. Dabei ist bemerkenswert, daß der ehemalige Verstaatlichten- und nunmehrige Finanzminister die Öffentlichkeit wiederholt belogen hat. So hat er im Rahmen der schriftlichen Anfragebeantwortung vom 27.3.1986, 1826/AB, die Frage, ob - wenn ja, und wann und von wem? - er über das Waffengeschäft (Dreiecksgeschäft) informiert worden sei, mit "Nein" beantwortet. Am 10.7.1989 hat Finanzminister Lacina dagegen im Rahmen eines Profil-interviews zugestanden, daß ihm der seinerzeitige Innenminister im August 1985 "ein oder zwei Fernschreiben" des österreichischen Botschafters in Athen gezeigt hätte, "in denen die Möglichkeit eines Dreiecksgeschäfts über Thailand oder Japan in den Iran angeklungen" sei.

Im Rahmen einer Pressekonferenz behauptete Finanzminister Lacina am 13.2.1989, er habe 1985 keinesfalls "und heute noch nicht Kenntnis von einem Fernschreiben des österreichischen Botschafters in Athen gehabt". "Botschafter berichten an ihr Außenministerium. Der Außenminister sieht keinen Grund, seine Kollegen von solchen Fernschreiben zu verständigen." Später mußte Dkfm. Lacina dann zugeben, daß er sehr wohl Einsicht in ein oder zwei Fernschreiben des österreichischen Botschafters in Athen bekommen hat. Der Finanzminister hat daher am 13.2.1989 die Öffentlichkeit belogen.

Dkfm. Lacina behauptete schließlich dreimal, ihm sei nur ein Fernschreiben des österreichischen Botschafters in Athen gezeigt worden, das Waffenlieferungen an Japan und Thailand angedeutet hätte. Er behauptete dies am 16.2.1989 im Rahmen eines "Kurier"-Gesprächs, am 21.2.1989 im Rahmen einer Pressekonferenz und im Rahmen eines am 10.7.1989 veröffentlichten Profilinterviews. Hinweise auf Japan und Thailand waren aber nur in einem einzigen Amry-Fernschreiben, nämlich in jenem vom 11.7.1985 enthalten. In diesem Fernschreiben hatte Dr. Amry ganz konkrete Beschuldigungen gegen den Noricum-Geschäftsführer Mag. Unterweger und ganz konkrete Verdachsmomente betreffend die Umleitung der angeblich für Libyen bestimmten Noricum-Kanonen nach Iran vorgebracht. In diesem Fernschreiben ist auch wiederholt die iranische Firma FASAMI zitiert worden.

Trotz Kenntnis dieser konkreten Verdachsmomente ist Dkfm. Lacina bei der vom seinerzeitigen Bundeskanzler angeordneten Überprüfung von Frachtdokumenten der Firma Noricum angeblich nicht aufgefallen, daß es offenkundige Widersprüche und Ungereimtheiten gibt. Diese reichen von unterschiedlichen Datumsbezeichnungen über unterschiedliche Angaben der vereinbarten Liefermengen bis hin zu auffälligen Auslassungen im Akkreditiv. Obwohl durch dieses Dokument über die Commerzbank Frankfurt einige Milliarden Schilling an die Noricum angewiesen wurden, scheint im Akkreditiv kein Käufer auf, der Zahler, die Firma FASAMI weist keinen Firmensitz und kein Herkunftsland auf und die Zahlungsbedingungen sehen vor, daß der Frachtbrief nicht auf den Bestimmungshafen Tripolis (Libyen), sondern "an Order des Antragsstellers" ausgestellt werden muß. Dennoch hat Dkfm. Lacian am 19.8.1985 sowohl dem damaligen Bundeskanzler, wie auch dem damaligen Innenminister berichtet, er habe "keine Hinweise" für ein unkorrektes Verhalten der Firma Noricum gefunden. Durch diese falsche Information des Bundeskanzlers und des Innenministers hat Dkfm. Lacina die Voraussetzungen geschaffen, daß die Firma Noricum noch weitere gesetzwidrige und verlustbringende Waffenimporte an das kriegsführende Land Iran durchführen konnte. Da aber auch Schmiergeldzahlungen in der Größen-

ordnung von 800 Mio. Schilling und Mordverdacht in drei Fällen im Raume stehen ist besonders genau zu überprüfen, welche Rolle der damalige Verstaatlichten- und nunmehrige Finanzminister Lacina gespielt hat.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundesminister für Justiz nachfolgende

A n f r a g e :

Werden Sie im Hinblick auf die der Staatsanwaltschaft Linz am 10.7.1989 übermittelten Unterlagen sicherstellen, daß die gegen Dr. Fred Sinowatz, Mag. Leopold Gratz und Karl Blecha eingeleiteten gerichtlichen Voruntersuchungen auch auf Dkfm. Lacina ausgedehnt werden?

Wien, den 11. Juli 1989